

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
16.12.2010, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:

1. stellv. Ratsvorsitzende:

2. stellv. Ratsvorsitzender:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Karlheinz Bäker

Hannelore Schneider

Jörn Kickler

Gerd-Christian Wagner

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Karin Agostini (bis TOP 4.4.1.6)

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Karin Boomhuis

Dirk Brumund

Ludwig Bunjes

Gerald Chmielewski

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold (ab TOP 4.4.1)

Jens-Olaf Fianke

Walter Heidenreich

Erich Hillebrand

Christoph Hinz

Kurt Klose

Christine Lampe

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Hans-Hermann Niebuhr

Georg Ralle

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Bernd Redeker

Claudia Rohlf

Steffen Schwärmer

Peter Tischer

Elke Vollmer (ab TOP 4.4.1)

Dorothea Weikert

Rüdiger Wolf

Herbert Zeidler

von der Verwaltung:

Wilfried Alberts

Olaf Freitag

Marion Groß

Rolf Heeren

Dirk Heise

Jörg Kreikenbohm

Rainer Rädicker

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates
- 1.1 Antrag der MMW-Fraktion zur Personalangelegenheit des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 07.10.2010
- 4 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 Verwaltungsausschuss vom 28.10.2010**
 - Kein Tagesordnungspunkt -
- 4.2 Verwaltungsausschuss vom 25.11.2010**
- 4.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 01.11.2010**
- 4.2.1.1 Vorhabenbezogenener Bebauungsplan Nr. 189 B - Windpark Hohelucht südlicher Teil - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 62 - Gebiet westlich der Edo-Wiemken-Straße, 11. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.2.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 02.11.2010**
- 4.2.2.1 Antrag der Grundschule Langendamm auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule
- 4.2.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.11.2010**
- 4.2.3.1 Dorferneuerung Dangast - Abwägung und Beschluss des Dorferneuerungsplanes
- 4.3 Verwaltungsausschuss vom 02.12.2010**
 - Kein Tagesordnungspunkt -
- 4.4 Verwaltungsausschuss vom 09.12.2010**
- 4.4.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 01.12.2010 und 08.12.2010**
- 4.4.1.1 Änderungsanträge der Fraktionen zur Haushaltsberatung
- 4.4.1.1.1 Pauschale Kürzung des Personalhaushaltes
- 4.4.1.1.2 Reduzierungen der Planungskosten
- 4.4.1.1.3 Reduzierung der EDV- und Sachkosten
- 4.4.1.1.4 Reduzierung Stadtumbau West Eigenanteil der Stadt
- 4.4.1.1.5 Zweitwohnungssteuer
- 4.4.1.1.6 Vergnügungssteuer
- 4.4.1.1.7 Investitionen
- 4.4.1.1.8 Instandhaltungskosten für städtische Wohnungen
- 4.4.1.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2011

- 4.4.1.3 14. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 4.4.1.4 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011
- 4.4.1.5 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011
- 4.4.1.6 Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel
- 4.4.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 07.12.2010**
- 4.4.2.1 Bebauungsplan Nr. 190 - Erweiterung Aeropark sowie 6. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.4.2.2 Bebauungsplan Nr. 197 - Biogasanlage Neuenwege sowie 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.4.2.3 Rahmenplanung Friesland-Kaserne - Abwägung und Beschluss des Rahmenplans
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Job Center
- 5.2 Jahresrückblick
- 6 Behandlung von Anfragen und Anregungen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Die Tagesordnung wird festgestellt. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass Ratsherr Bruns entschuldigt fehlt, die Ratsfrauen Etzold und Vollmer kommen später.

1.1 Antrag der MMW-Fraktion zur Personalangelegenheit des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH Vorlage: 285/2010

Bürgermeister Wagner weist auf den anliegenden Antrag der Fraktion MMW hin. Nach kurzer Diskussion entscheiden die Ratsmitglieder, dass über die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung abgestimmt werden soll.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion MMW auf Nichtwiederbesetzung der Stelle des Wirtschafts-

förderers wird als Tagesordnungspunkt aufgenommen.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 15 Nein: 18 Enthaltungen: 1

2 Einwohnerfragestunde

Die Bürgerinitiative „Licht für Varel“ übergibt dem Rat 2.220 Unterschriften zum Bürgerbegehren gem. § 22 b NGO zur Wiedereinschaltung der nächtlichen Straßenbeleuchtung.

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 07.10.2010

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 07.10.2010 wird einstimmig genehmigt.

4 Berichte und Anträge der Ausschüsse

4.1 Verwaltungsausschuss vom 28.10.2010

- Kein Tagesordnungspunkt -

4.2 Verwaltungsausschuss vom 25.11.2010

4.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 01.11.2010

**4.2.1.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 189 B - Windpark Hohelucht südlicher Teil - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 306/2010**

Beschluss:

Die in der Anlage zu den Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 01.11.2010 und des Verwaltungsausschusses vom 25.11.2010 zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 189 B - Windpark Hohelucht, südlicher Teil - wird als Satzung nebst beigefügter Begründung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**4.2.1.2 Bebauungsplan Nr. 62 - Gebiet westlich der Edo-Wiemken-Straße, 11. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 307/2010**

Beschluss:

Die der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 01.11.2010 zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 62, 11. Änderung wird als Satzung nebst beigefügter Begründung beschlossen. Gleichzeitig erfolgt die zweite Berichtigung des Flächennutzungsplanes (§ 13 a BauGB).

Einstimmiger Beschluss

4.2.2 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 02.11.2010

**4.2.2.1 Antrag der Grundschule Langendamm auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule
Vorlage: 312/2010**

Beschluss:

Die Stadt Varel stellt gemäß § 23 Abs. 4 NSchG das Einvernehmen zu dem Antrag der Grundschule Langendamm auf Einführung einer offenen Ganztagschule zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 her.

Einstimmiger Beschluss

4.2.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.11.2010

**4.2.3.1 Dorferneuerung Dangast - Abwägung und Beschluss des Dorferneuerungsplanes
Vorlage: 339/2010**

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 16.11.2010 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Dorferneuerungsplan Dangast wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

4.3 Verwaltungsausschuss vom 02.12.2010

- Kein Tagesordnungspunkt -

4.4 Verwaltungsausschuss vom 09.12.2010

4.4.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 01.12.2010 und 08.12.2010

4.4.1.1 Änderungsanträge der Fraktionen zur Haushaltsberatung Vorlage: 408/2010

Insgesamt zur Haushaltsberatung weist Bürgermeister Wagner darauf hin, dass es sich in diesem Jahr um den ersten doppischen Haushalt der Stadt Varel handelt. Der neue Weg hin zur Doppik soll für eine Generationengerechtigkeit in den kommunalen Finanzen sorgen. Er untergliedert sich in einen Finanz- und Ergebnishaushalt. Der Ergebnishaushalt 2011 zeigt ein Defizit von 4,714 Mio. € auf. Nach der intensiven Haushaltsberatung wurde der nun vorliegende Haushaltsentwurf aufgestellt. Der Finanzhaushalt enthält im investiven Bereich Ausgaben in Höhe von insgesamt ca. 7,95 Mio. €. Dieser Betrag wird nicht insgesamt ausgegeben, da allein auf die Schützenwiese 3 Mio. € und auf den Bereich der Stadtsanierung (Stadtumbau West und Dorferneuerung Dangast) 3,327 Mio. € entfallen. Wobei sich der größte Teil der 3,327 Mio. € aus den Vorjahren aufsummiert, für die Stadtsanierung wird lediglich ein Betrag von ca. 500.000 € tatsächlich 2011 ausgegeben. Darüber hinaus sind weitere investive Maßnahmen, wie z. B. Schulbaumaßnahmen, Brandschutz und div. Tiefbaumaßnahmen geplant. Im Verwaltungsbereich belaufen sich die Ausgaben auf ca. 32 Mio. €. Dabei allein 9,586 € Kreisumlage, 9,2 Mio. € Personalkosten, 2,7 Mio. € Auszahlungen für die Kindergärten und Krippen, 1,8 Mio. € Gewerbesteuerumlage, 1,7 Mio. € für die Schulen, 1,25 Mio. € als Verlustzuweisung für den Eigenbetrieb Dangast, 350.000 € für die Straßenunterhaltung, 235.000 für die Sanierung des Hallenbades, 137.000 € für die Stadtmarketing, 85.000 € für die Straßenbeleuchtung, 60.000 € für die Sportstätten, 53.000 € für das Freibad und 50.000 € für die Mühle. In diesem Zusammenhang dankt Bürgermeister Wagner allen Spendern für die Mühle. Dies zeigt, dass 2011 der Schwerpunkt im Bereich der Innenstadtsanierung, den Kindergärten und Krippen, den Grundschulen, der Konversion des Kasernengeländes und der Unterhaltung des Eigenbetriebes Dangast liegt. Die Rücklagen der Stadt Varel sind zur Umstellung der Doppik aufgebraucht. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf ca. 1 Mio. € festgesetzt. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2011 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 18 Mio. € festgesetzt, wobei Bürgermeister Wagner hofft, dass 15 Mio. € ausreichend sein werden.

Beigeordneter Tischer weist darauf hin, dass es z. B. im Bereich der Kindergärten, klarer wäre, sich nicht an den Ausgaben, sondern an dem Zuschussbedarf für die Stadt zu orientieren. Bei allen Aufgaben sollte der Zuschussbedarf, nicht die reine Ausgabe im Fokus stehen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion in Sachen Straßenbeleuchtung weist Ratsherr Tischer darauf hin, dass eine Grundsteuererhöhung um 5 Punkte als Gegenfinanzierung nicht ausreichend wäre. Auf seine Nachfrage hin bestätigt Ratsherr Müller, dass sich der Vorschlag auf eine Erhöhung der Grundsteuer A und B bezieht. In dem Fall kann Ratsherr Tischer nicht nachvollziehen, warum ein Landwirt für seine Flächen die Straßenbeleuchtung der Innenstadt mitfinanzieren soll.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass das ausgeschaltete Licht in den Nachtstunden eine Gefährdung für die Bürger ist. Licht bedeutet auch ein Stück Sicherheit. Sie haben daher den Antrag gestellt, dass das Licht wieder eingeschaltet wird, mit einem Vorschlag zur Gegenfinanzierung über eine Anhebung der Grundsteuer. Über die Höhe der Anhebung kann noch gesprochen werden. Er hätte sich gewünscht, wenn über den Antrag heute abgestimmt worden wäre.

Ratsherr I. Langer verweist auf die Stadt Rheine, in der das Licht ebenfalls nachts ausgeschaltet ist. Es wurde hier eine Studie über den Zusammenhang zwischen Licht und Sicherheit erstellt, die zeigt, dass Licht die tatsächliche Sicherheit nicht erhöht. Es wurden keine erhöhten Polizeieinsätze verzeichnet. Insgesamt wurde eine positive Resonanz gezogen, denn das nächtliche Abschalten hat ökonomisch und ökologisch wesentliche Vorteile.

Ratsherr W. Langer hebt den ökologischen Vorteil einer Nachtabschaltung nochmals deutlich hervor. Die Aussage, dass durch „Licht aus“ die Sicherheit der Bürger gefährdet wird, hält er für eine verunsichernde Parole. Einige Studien haben erwiesen, dass die Sicherheit sich nicht durch Licht erhöht. Er kann den Unmut der Leute, die zur Nachtzeit unterwegs sein müssen, verstehen, glaubt aber, dass diese besser mit der Dunkelheit umgehen, als wir denken. Wenn das Licht wieder eingeschaltet wird, muss aus seiner Sicht auch eine CO²-Konversion erfolgen, die ist aber in keiner der Vorschläge dargestellt.

Ratsfrau Lampe nimmt wahr, dass viele Bürger für das Einschalten der Straßenbeleuchtung kämpfen. Sie vermisst Kompromissvorschläge der Mehrheitsgruppe, z. B. für den Bereich des Bahnhofs. Sie hätte sich für eine Abstimmung in der heutigen Ratsitzung ausgesprochen.

Ratsherr Klose kritisiert, dass in diesem Fall mit der Angst der Leute Politik gemacht wird. Mehr Licht heißt nicht gleich mehr Sicherheit. Seit dem in Varel nachts das Licht aus ist, ist nicht mehr passiert. In den anderen Ortsteilen, in denen schon immer das Licht aus ist, haben sich die Bürger schon lange darauf eingestellt. Er spricht sich aus ökonomischen und ökologischen Gründen gegen ein Wiedereinschalten der Straßenbeleuchtung aus.

Die MMW-Fraktion hält den Vorschlag der SPD-Fraktion für nachdenkenswert, aber nicht im Sinne des Bürgers, denn sie bekommen zwar dann wieder Licht, werden aber auf der anderen Seite auch wieder belastet. Es sollte unabhängig von der Finanzierung über das Wiedereinschalten des Lichtes entschieden werden. Die zuvor dargestellte positive Energiebilanz wird aus Sicht des Ratsherr I. Chmielewski dadurch geschmälert, dass jetzt an vielen Häusern über Nacht das Licht länger brennt. Auch die ökonomischen Gründe sieht er nicht in dem Maße, da die Bürger in Dangast bereit waren, die Kosten für die nächtliche Straßenbeleuchtung selber zu tragen, dieses aber durch die Mehrheitsgruppe abgelehnt wurde.

4.4.1.1.1 Pauschale Kürzung des Personalhaushaltes **Vorlage: 408/2010/1**

Die SPD-Fraktion beantragt, zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung den Personalhaushalt um pauschal 2 % zu kürzen. Dieses ergäbe eine Einsparung von ca. 180.000 €. In diesem Zusammenhang verweist Beigeordneter Müller auf das Land und den Landkreis Friesland, bei denen seit mehreren Jahren eine pauschale Kür-

zungen erfolgreich praktiziert wird. Der Abbau der Stellen sollte sozialverträglich ohne Entlassungen erfolgen. Konkret hat er bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgeschlagen, die Stelle des Wirtschaftsförderers und eine weitere frei werdende Stelle nicht wieder zu besetzen. Durch die pauschale Kürzung ist die Verwaltung aufgefordert, nach Wegen zu suchen, Personalkosten einzusparen. Bei der Höhe des Defizits muss nach Einsparpotential gesucht werden, auch wenn es weh tut.

Aus Sicht des Rats Herrn Böcker ist eine pauschale Kürzung des Personalhaushaltes in keinem Fall sozial, da dafür 5 Arbeitsplätze eingespart werden müssten. Er kann sich nicht vorstellen, dass das möglich ist. Er fordert die SPD auf, ihre Vorstellungen den Bediensteten direkt zu erläutern. Aus seiner Sicht wird dadurch eine soziale Schieflage erzeugt. Die SDV lehnt daher die pauschale Kürzung ab.

Ratsherr Böcker beantragt gem. § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung. Die Ratsmitglieder stimmen einstimmig für eine namentliche Abstimmung.

Die MMW-Fraktion wird den Antrag der SPD-Fraktion trotz Bedenken mittragen, da es aus ihrer Sicht ein Signal an die Verwaltung zum Sparen wäre. Sie verweisen darauf, dass sie im letzten Jahr eine pauschale Kürzung von 5 % des gesamten Haushaltes beantragt haben, diese hätten sie als möglich angesehen. Ein erster Schritt für eine sozial verträgliche pauschale Einsparung von 2 % wäre jetzt die Nichtwiederbesetzung der Stelle des Wirtschaftsförderers. In dem Zusammenhang kritisiert Ratsherr I. Chmielewski nochmals die Auflösung der Gemeindeschwesternstation und Nichtwiederbesetzung der Stelle des Sozialarbeiters in der Jugendpflege. Hier wurden fünf Stellen eingespart, ohne dass es haushaltstechnisch große positive Auswirkungen hatte. Aus seiner Sicht entstand dadurch eine soziale Schieflage.

Ratsherr Tischer kritisiert den späten Antrag der SPD, der erst nach der abschließenden Beratung im Fachausschuss eingereicht wurde. Er verweist darauf, dass es eine mehrheitliche Entscheidung für die Einstellung eines Wirtschaftsförderers gegeben hat. Er kann daher bei einer pauschalen Kürzung nicht berücksichtigt werden. Zu bedenken sei auch, dass es im Gegensatz zum Landkreis bei der Stadt Varel noch keine Budgetrechnung gibt. Außerdem zeigt der letzte Quartalsbericht des Landkreises eindeutig, dass der Landkreis die pauschale Kürzung in diesem Jahr nicht erreichen wird. Aus seiner Sicht wird es unmöglich sein, im Personalbereich 180.000 €, das entspricht 3-4 Stellen, pauschal zu kürzen. Es ist notwendig den konkreten Fall zu benennen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Der Sparzwang ist der Verwaltung bekannt, sie wird daher auch ohne pauschale Kürzung so gut wie es geht sparen. Es sei zu bedenken, dass durch übermäßiges Sparen im Personalbereich wichtige Strukturen gefährdet werden. Aus Sicht des Rats Herrn W. Langer geht Sparen im Personalbereich nur über gezielte Entwicklungsplanung. Mit der Schere sparen kann nur zerstören, aber nicht einsparen.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass Ratsherr Böcker beim Landkreis die pauschale Kürzung des Personalhaushaltes mitgetragen hat. Dort ist es erfolgreich sozial verträglich praktiziert worden, ohne Personal zu entlassen, z. B. durch verzögerte Wiedereinstellungen.

Ratsherr Redeker verweist darauf, dass der Wirtschaftsförderer insbesondere für die Bestandspflege sehr wichtig ist.

Bürgermeister Wagner erklärt, dass im Haushalt jede Stelle genau betrachtet und so sparsam wie möglich kalkuliert wurde. Er setzt bereits jetzt jede Möglichkeit zum Sparen um, so dass kein weiterer Spielraum vorhanden ist. Dabei wird jede Wiederbesetzung genau betrachtet. Weitere 2 % kann er daher nicht einsparen, denn jetzt sind schon viele Mitarbeiter überlastet. Er fordert Vertrauen in die Verwaltung, dass sie den Sparwillen umsetzt.

Ratsherr Klose erinnert daran, dass die Gemeindeschwesternstation nicht ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wurde, sondern auch weil die Stadt keine Konkurrenz zum freien Markt sein sollte. Aus seiner Sicht, drücken sich die Ratsherren, die eine pauschale Kürzung fordern, vor der Verantwortung. Sparen ist gut, aber es muss auch umsetzbar sein.

Aus Sicht der Ratsfrau Etzold ist eine pauschale Kürzung nicht möglich, da die Stadt an bestehende Verträge gebunden ist.

Beschluss:

Der Personalkostenhaushalt wird pauschal um 2 % gekürzt.

Namentliche Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
Agostini, Karin		X	
Bäker, Karlheinz		X	
Berndt, Reinhard		X	
Böcker, Rudolf		X	
Boomhuis, Karin	X		
Brumund, Dirk		X	
Bruns, Jürgen			
Bunjes, Ludwig		X	
Chmielewski, Gerald			X
Chmielewski, Iko	X		
Etzold, Ilonka		X	
Fianke, Jens-Olaf	X		
Heidenreich, Walter	X		
Hillebrand, Erich	X		
Hinz, Christoph		X	
Kickler, Jörn	X		
Klose, Kurt		X	
Köhler, Bernd		X	
Lampe, Christine	X		
Langer, Ingo		X	
Langer, Walter		X	
Müller, Alfred	X		
Niebuhr, Hans-Hermann		X	
Nieraad, Peter		X	
Ralle, Georg	X		
Rathkamp, Jürgen		X	
Recksiedler, Raimund	X		
Redeker, Bernd		X	
Rohlfs, Claudia		X	
Schneider, Hannelore	X		
Schwärmer, Steffen	X		
Tischer, Peter		X	
Vollmer, Elke		X	

Wagner, Gerd-Christian		X
Weikert, Dorothea	X	
Wolf, Rüdiger	X	
Zeidler, Herbert		X

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 14 Nein: 21 Enthaltungen: 1

4.4.1.1.2 Reduzierungen der Planungskosten

Vorlage: 408/2010/2

Die SPD-Fraktion beantragt eine Reduzierung des Ansatzes der Planungskosten von 65.000 € auf 30.000 €. Es ist ihnen bewusst, dass es schwierig sein wird diesen Betrag einzusparen. Sollte ein höherer Betrag notwendig sein, könnte der Ansatz im Nachtrag erhöht werden. Insbesondere zweifeln sie den Sinn der eingeplanten Planungskosten für das Trassenvergleichspapier für die A 20 an.

Ratsherr Tischer hat das Gefühl, durch die Einsparung soll die Arbeit des Stadtplaners behindert werden. Das Einzelhandelsgutachten und die Machbarkeitsstudie zu den Bahnübergängen waren sehr sinnvoll. Zum dem, was früher an Planungskosten ausgegeben wurde, ist der Ansatz in Höhe von 65.000 € gering.

Die Fraktion MMW schließt sich den Äußerungen des Ratsherrn Tischer an und wird diesen Beschluss ablehnen. Es ist aber wichtig, dass nur noch zukunftssträngige Gutachten vergeben werden.

Beschluss:

Der Ansatz für die Planungskosten wird auf 30.000 € reduziert.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 11 Nein: 25

4.4.1.1.3 Reduzierung der EDV- und Sachkosten

Vorlage: 408/2010/3

Die SPD-Fraktion beantragt eine Reduzierung des Ansatzes für EDV- und Sachkosten um 50.000 €. Ratsherr Müller verweist auf den Landkreis, der in diesem Bereich viel einsparen konnte. Es ist wichtig ein Zeichen zum Sparen zu setzen.

Auch hier weist Ratsherr Tischer darauf hin, dass eine pauschale Reduzierung um 50.000 € nur bei einer Budgetierung möglich wäre und für die Einführung der Budgetierung wird Software benötigt. Er fordert die Ratsmitglieder auf, gemeinsam an der Weiterentwicklung neuer Systeme zu arbeiten.

Bürgermeister Wagner betont, dass der eingeplante Ansatz für eine gut funktionierende Verwaltung notwendig ist. Es ist wichtig, dass die Arbeitsplätze adäquat ausgestattet sind, ohnedem kann keine vernünftige Arbeit geleistet werden.

Die Fraktion MMW spricht sich gegen eine Kürzung des Ansatzes aus, es sollte aber trotzdem versucht werden durch geschickte Verhandlungen in diesem Bereich zu sparen. Ordentliches Handwerkszeug gehört zur Arbeit, evtl. kann der verbesserte EDV-Einsatz auch zu Personalentlastungen führen.

Ratsherr Redeker weist darauf hin, dass die Einführung der Doppik erhöhte EDV-Kosten verursacht. In jedem Fall sollte die Verwaltung prüfen, ob weitere Einsparungen möglich sind.

Die Ratsherren Böcker und W. Langer halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass sparsam mit den Mitteln umgegangen wird und unterstellen der Verwaltung, dass sie danach handeln.

Beschluss:

Die EDV- und Sachkosten werden um 50.000 € reduziert.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 11 Nein: 25

**4.4.1.1.4 Reduzierung Stadtumbau West Eigenanteil der Stadt
Vorlage: 408/2010/4**

Die SPD-Fraktion beantragt den Haushaltsansatz für den Eigenanteil der Stadt für den Stadtumbau West um 170.000 € zu kürzen.

Grundsätzlich hält die SPD Fraktion die Konversion des Kasernengeländes für positiv, allerdings hat die Stadt viele Projekte und die SPD fragt sich, wie die Stadt das alles finanzieren kann. Im Bereich der Kaserne sieht sie den Bund in der Verantwortung, tätig zu werden. Aus ihrer Sicht ist zurzeit das Projekt Bahnübergänge wichtiger. Sie schlagen daher vor den Ansatz für den Stadtumbau West auf 50.000 € zu verringern, dieser Betrag würde ausreichen, um das Projekt Kreishaus zu finanzieren.

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass bei einer Kürzung des Eigenanteils auch der Zuschuss entfällt, da das Projekt zu 2/3 gefördert wird. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt sollten zuerst die Projekte durchgeführt werden, die gefördert werden. Die Konversion hat bereits zwei positive Entscheidungen nach sich gezogen. Erstens die Möglichkeit ein Teil des Geländes für 1 € als Ausgleichsfläche für den Aeropark zu bekommen und zweitens die Entscheidung des Kreises ein Dienstleistungszentrum auf dem ehemaligen Kasernengelände zu errichten. Rats herr Tischer befürchtet, wenn die Stadt auf den Bund wartet, passiert auf dem Gelände nichts. Die CDU möchte aber Entwicklung in diesem Bereich. Aus seiner Sicht ist es töricht am Eigenanteil zu sparen, um dann auf Zuschüsse zu verzichten.

Die Stadt sollte sich aus Sicht des Rats herrn I. Chmielewski fragen, ob sie sich den Eigenanteil noch leisten kann. Als die Förderung 2008 beantragt wurde, war Grundlage die Verlegung der BBS. Jetzt hat sich das Entwicklungsziel geändert. Er hält es daher für angebracht nur noch für konkrete Maßnahmen, wie z. B. den Bau des Dienstleistungsgebäudes Mittel einzuplanen. Ein mögliches Gewerbegebiet sollte von einem Investor finanziert werden, wichtiger ist es außerdem für die Stadt zunächst die vorhandenen Gewerbegebiete an den Markt zu bringen. Die MMW Fraktion wird sich daher für den Antrag der SPD aussprechen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Stadt in ihrem Gebiet die Planungshoheit hat und dadurch auch eine Verpflichtung in Sachen Kasernengelände. Der Antrag 2008 hatte viele Hintergründe, nicht nur die mögliche Verlegung der BBS und wurde in der Sitzung des Rates am 26.06.2008 einstimmig gefasst. Ein Rückzug aus der Gegenfinanzierung würde das Projekt gefährden, da dies eine Rückforderung der zugesagten Förderung zur Folge hätte. Der jetzt vom Kreis gefasste Beschluss ein Dienstleistungsgebäude im Kasernengelände zu errichten, ist für die Stadt sehr positiv. Die Bürger fordern Taten in diesem Bereich.

Ratsherr Hillebrand fordert den Rat dazu auf, sich bewusst zu machen, ob sich Varel die Gegenfinanzierung noch leisten kann. Insgesamt sollten alle Projekte mit Gegenfinanzierung überprüft werden.

Auch wenn es in diesen Zeiten schwer ist Geld auszugeben, sollte die Stadt aus Sicht des Ratsherrn Redeker in Sachen Kaserne gegen den Verfall des Geländes anarbeiten. Ansonsten ist es nicht nur ein Wertverlust für den Bund, sondern für alle Steuerzahler.

Beschluss:

Der Haushaltsansatz für den Eigenanteil der Stadt für den Stadtumbau West wird um 170.000 € gekürzt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 15 Nein: 21

4.4.1.1.5 Zweitwohnungssteuer
Vorlage: 408/2010/5

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird um den Prüfauftrag über eine mögliche Erhöhung der Zweitwohnungssteuer ergänzt.

Einstimmiger Beschluss

4.4.1.1.6 Vergnügungssteuer
Vorlage: 408/2010/6

Beschluss:

In das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird ein Prüfauftrag zur Vergnügungssteuer aufgenommen.

Einstimmiger Beschluss

4.4.1.1.7 Investitionen
Vorlage: 408/2010/7

Beschluss:

In das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird ein Prüfauftrag zu Einsparzielen im Bereich der Investitionen aufgenommen.

Einstimmiger Beschluss

4.4.1.1.8 Instandhaltungskosten für städtische Wohnungen
Vorlage: 408/2010/8

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass sich das Thema städtische Wohnungen noch in der Beratung der Fraktionen befindet, wobei sich alle Fraktionen über eine weitere soziale Bindung der Wohnungen einig sind. Da der Haushalt die gegenwärtige Beschlusslage widerspiegeln soll, können die außergewöhnlichen Instandhaltungskosten für die städtischen Wohnungen noch nicht in den Haushalt einfließen. Die CDU-Fraktion beantragt daher, den Ansatz für diese Maßnahmen in Höhe von 250.000 € aus formalen Gründen aus den Haushalt herauszunehmen.

Beschluss:

Der Ansatz für die Instandhaltungskosten der städtischen Wohnungen wird um die außergewöhnlichen Instandhaltungskosten in Höhe von 250.000 € gekürzt.

Mehrheitlicher Beschluss
Ja: 21 Nein: 15

4.4.1.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 351/2010

Alle Fraktionen bedanken sich bei der Kämmerei für die Aufstellung des ersten doppelhaushaltigen Haushaltes.

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass die Haushaltsberatung angesichts der Umstellung auf die Doppik in diesem Jahr besonders schwer war. Außerdem fehlen noch die Ist-Kosten aus dem Jahr 2010. Ein Vergleich Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft war daher schwierig. Dieser Bezugspunkt sollte im Nachtrag Berücksichtigung finden.

Der Haushalt 2011 ist ein Produkt des Machbaren, das Defizit im Ergebnishaushalt konnte zwar geringfügig reduziert, aber nicht insgesamt verändert werden. Das Jahr 2010 startete mit einer Unterdeckung im Verwaltungshaushalt von ca. 5,3 Mio. €, dieses konnte im laufenden Haushaltsjahr auch dank erhöhter Gewerbesteuerzahlungen auf ca. 800.000 € reduziert werden. Auf Grund dessen ist auch eine bessere Liquidität zu verzeichnen. Allerdings führen die erhöhten Gewerbesteuerzahlungen auch in den Folgejahren zu einer höheren Gewerbesteuer- und Kreisumlage. Es ist aber ein positives Zeichen für die allgemein gute Wirtschaftslage in Varel. Ratsherr Tischer sendet daher einen Dank an die Varelener Wirtschaftsbetrie-

be.

Angesichts des Defizits im Ergebnishaushalt muss die Stadt auch weiterhin sparen. Die CDU-Fraktion steht zum Defizit, denn an die Erwartungen für das Jahr 2011 wurde vorsichtig heran gegangen. Die Summe der Investitionen drückt aus Sicht des Ratscherrn Tischer die Erwartungen in die Zukunft aus und ist ein positives Zeichen. Er ist daher froh, dass eine Summe von 8 Mio. € eingeplant werden konnte, davon sind allerdings allein 3. Mio. € für einen evtl. Rückkauf der Schützenwiese. Für die CDU-Fraktion liegt die Zukunft in der Innenstadtanierung und in der Konversion. 2011 stellt dabei nur einen Teil dar. Die Stadt ist auch in den Folgejahren auf Förderungen in diesem Bereich angewiesen. Ziel der Stadt muss es sein, dort zu sparen, wo es geht und für die Bereiche Gelder zu akquirieren, in denen die Stadt Investitionen hat. Der Defizitabbau wird noch einige Jahre und viel Arbeit in Anspruch nehmen.

Im Haushalt sind einige Bereiche auf den Prüfstand gestellt worden. Die Bibliothek ist bei den Prüfaufträgen nicht mehr enthalten, da aus Sicht der CDU-Fraktion in diesem Bereich kein Sparansatz mehr vorhanden ist. Trotzdem ist dieser Bereich weiterhin eine „Baustelle“, denn die Stadt ist verpflichtet, dort mit dem eingesetzten Geld mehr zu erzielen.

Für das Freibad besteht weiterhin ein Prüfauftrag im Haushalt 2011. Die Verwaltung wird ein Konzept erstellen. Zunächst erhält das Freibad für 2011 einen Zuschuss. Dieser wird voraussichtlich auch weiterhin fließen, wenn die Gesamtbeurteilung positiv ausfällt. Eine Bestandsgarantie über 10 Jahre wird aber nicht möglich sein, dies verhindert schon das Gebot der Ehrlichkeit. Dabei ist auch zu beachten, dass das Freibad mittlerweile ca. 60 Jahre alt ist.

Insgesamt hält Ratscherr Tischer den Haushalt für sozial ausgewogen. Die CDU-Fraktion spricht sich für den vorgelegten Haushaltsentwurf aus.

Ratscherr Müller kritisiert die sehr kurze Beratungszeit, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsumstellung. Angesichts eines Defizits in Höhe von ca. 5 Mio. € hätte er sich weitere Einsparvorschläge der Mehrheitsgruppe gewünscht. Den großen Anspruch, den die Mehrheitsgruppe 2009 bei den Bürgern geweckt hat, sieht er nicht erfüllt. Im Gegenteil, es wurden sogar noch teurere Personalentscheidungen getroffen, das Defizit in Dangast ist nicht geringer geworden und es wurde viel im sozialen Bereich gespart, wie z. B. durch die Schließung der Sozialstation und der Nichtwiederbesetzung der Stelle des Sozialarbeiters. Die Verschuldungsgeschwindigkeit wurde nur durch Steuermehreinnahmen in diesem Jahr ein wenig gebremst, aber die Reduzierung des strukturellen Defizits ist der Mehrheitsgruppe auch nicht gelungen.

Aus seiner Sicht wäre eine Bestandsgarantie für das Freibad über mehrere Jahre möglich und auch notwendig, um dem Förderverein die Möglichkeit zu geben, weitere Gelder zu akquirieren. Er sieht durch den Haushaltsentwurf eine soziale Schieflage, da gerade in den sozialen Bereichen, wie z. B. an der Grundschule Langendamms gespart wird. Die Einspareffekte der Mehrheitsgruppe sind nur gering und werden durch kostspielige Personalentscheidungen wieder aufgezehrt. Dagegen werden die Vorschläge der SPD-Fraktion abgelehnt. Ratscherr Müller kritisiert die unsoziale Einstellung und fordert dazu auf, auch in den oberen Bereichen zu sparen. Insbesondere zweifelt er die Einsparung durch die Schließung der Sozialstation an und bittet den Bürgermeister, dazu Stellung zu nehmen, insbesondere darüber, wer in der Stadt die Tätigkeiten der Sozialstation übernommen hat.

Ratscherr Müller weist auf das Defizit im Investitionsbereich in Höhe von ca. 1,9 Mio. € hin. Angesichts dessen fordert er keine Drosselung im Tempo bei der Innenstadtanierung und Dorferneuerung Dangast. Im Bereich der Konversion sieht er den Bund in der Verpflichtung. Er fordert die Festlegung einer Reihenfolge der Projekte im Investitionsbereich.

Aus seiner Sicht führt die Mehrheitsgruppe die Stadt in die Verschuldung. Dagegen war die SPD immer bemüht, die Verschuldung langfristig zu reduzieren. Mit diesem Haushalt lebt Varel über seine Verhältnisse. Die SPD-Fraktion lehnt daher den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Die MMW-Fraktion sieht im Haushalt eine Summe vieler Einzelentscheidungen, wobei sie viele Beschlüsse, wie z. B. den Beschluss zur Fremdenverkehrsabgabe mit getragen hat. Aber insgesamt können sie sich im Haushalt nicht wieder finden, da aus ihrer Sicht, viel zu hohe Einschnitte ohne wesentliche Einspareffekte enthalten sind. Einige Beschlüsse führen die Stadt an den Rand der Finanzierbarkeit. Da sie viele Einzelansätze ablehnen, werden sie dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Köhler hat sich die SPD bislang verweigert, konstruktiv an der Haushaltsgestaltung mitzuarbeiten. Die pauschalen Kürzungen, die sie fordern, sieht er nicht als Lösung an. Er weist auf die positiven Aspekte des Haushaltes 2011 hin, z. B. der Erhöhung der Dienstpauschale für die Feuerwehr, den Konzepten für das Freibad und die Bücherei, der Förderung der Innenstadtsanierung und dem Stadtumbau West. Die SDV spricht sich gegen eine Streichung im Bereich der Innenstadtsanierung und dem Stadtumbau West aus. Sie werden dem Haushalt zustimmen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass bereits hohe Konsolidierungseffekte erzielt wurden, über die Jahre hinweg sind es 1,4- 1,9 Mio. €. Ergänzend zu den Äußerungen über die Einstellung eines Wirtschaftsförderers, gibt er zu bedenken, dass bislang der Stadt der Wirtschaftsförderer ca. 75.000 € kostete. Zukünftig werden es nur noch ca. 60.000 € sein. Es wird keine zusätzliche Stelle in diesem Bereich geschaffen, sondern eine Einsparung erzielt. Zu der Äußerung der SPD, dass sie einen Schuldenabbau erzielt haben, weist Bürgermeister Wagner darauf hin, dass ein Großteil des Schuldenabbaus durch den Verkauf der Kläranlage erfolgte. Allerdings fehlen seit dem Verkauf auch jährlich Einnahmen in Höhe von ca. 1 Mio. €, die die Kläranlage erwirtschaftet hat. Ohne diesen Verkauf, wäre die Pro-Kopf-Verschuldung noch höher als jetzt.

Ratsherr Tischer korrigiert die Aussage des Ratsherrn Müller, dass die Neuverschuldung bei 1,9 Mio. € liegt und weist darauf hin, dass es sich in der Summe nur um einen Betrag in Höhe von 435.000 € handelt.

Auch wenn die FDP-Fraktion nicht mit dem Defizit des Haushaltes zufrieden ist, denkt sie trotzdem, dass ein guter Weg für die Gestaltung der Zukunft gefunden wurde. Der Haushalt enthält viele positive Ansätze, wie z. B. die Investitionen in die Stadtsanierung, Innenstadtentwicklung und Konversion des Bundeswehrgeländes, Dorfentwicklung Dangast, Einstellung eines Interimmanagers für Dangast, Ansätze für die Straßensanierung und der Weiterführung der Wirtschaftsförderung. Es besteht eine gute Balance zwischen den Sparansätzen. Sie werden dem Entwurf zustimmen.

Bündnis 90/Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen. Ratsherr W. Langer hebt die für seine Fraktion positiven Aspekte hervor, wie z. B. dem Beschluss zum Fremdenverkehrsbeitrag, zur Abschaltung der nächtlichen Straßenbeleuchtung, der Einstellung des Interimmanagers für Dangast und dem zukunftsweisenden Konzept in der Jugendarbeit, auch wenn in diesem Bereich weitere Investitionen erforderlich sind. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gerade diesen Bereich in der Zukunft kritisch beobachten und bei Bedarf das Thema wieder aufnehmen. Ein Sparwille ist bei allen vorhanden. Aus Sicht des Ratsherrn W. Langer ist eine Bestands-

garantie für das Freibad nicht erforderlich, sondern würde sogar die Kreativität behindern. Bezüglich des Wirtschaftsförderers hätte er sich auch eine andere Lösung vorstellen können, aber innerhalb der Gruppe sind auch Kompromisse erforderlich. Insgesamt lobt er die konstruktive Zusammenarbeit mit der Gruppe und der SDV.

Ratsherr I. Langer fordert alle Ratsmitglieder auf, zu bedenken, dass die Wirtschaft die Gelder für alle sozialen Wohltaten und den öffentlich Bediensteten erwirtschaftet. Er kann daher auch nicht nachvollziehen, dass sich einige Ratsmitglieder gegen die Wirtschaftsförderung aussprechen.

Ratsherr Hillebrand weist darauf hin, dass die SPD sich nicht gegen die Wirtschaftsförderung an sich ausspricht, sondern nur gegen die gewählte Form. In Sachen Klärwerksverkauf erinnert er daran, dass die Stadt mit eigener Kraft die Sanierung der Kanalisation nicht hätte bewältigen können. In der Gesamtbetrachtung war es aus seiner Sicht eine gute Entscheidung für den Bürger. Daraufhin entwickelt sich eine kontroverse Diskussion um den Klärwerksverkaufsverkauf.

Ratsfrau Lampe plädiert an die Ratsmitglieder, dem Freibad eine Bestandsgarantie zumindest für 3-4 Jahre auszusprechen, um dem Förderverein eine gewisse Sicherheit zu geben. Pläne über Eintrittsgelder lehnt sie ab. In Sachen Wirtschaftsförderer verweist sie auf die Äußerungen der SPD-Ratsmitglieder in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 08.12.2010, in der gefordert wurde, darüber nachzudenken, ob der eingeschlagene Weg zur Wirtschaftsförderung der Richtige sei und nicht deren Abschaffung.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2011 wird nebst dem Investitionsprogramm in der der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 09.12.2010 anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 15

**4.4.1.3 14. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
Vorlage: 391/2010**

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept 2011 der Stadt Varel in der Fassung der 14. Fortschreibung wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 09.12.2010 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 15

**4.4.1.4 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 350/2010**

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 01.12.2010 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**4.4.1.5 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 349/2010**

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2011 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 01.12.2010 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**4.4.1.6 Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel
Vorlage: 402/2010**

Beschluss:

Die Satzung zur 4. Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) der Stadt Varel wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 08.12.2010 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

4.4.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 07.12.2010

**4.4.2.1 Bebauungsplan Nr. 190 - Erweiterung Aeropark sowie 6. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 379/2010**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Beschluss nicht zustimmen, da sie die Abholzung des Waldes ablehnt. Gleichwohl lobt Ratsherr W. Langer die Entscheidung für die Ausgleichsfläche auf dem ehemaligen Kasernengelände.

Beschluss:

Die der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 07.12.2010 zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 190 Erweiterung Aeropark wird als Satzung nebst beigefügter Begründung beschlossen. Die 6. Änderung des Flächennutzungsplans nebst Begründung wird festgestellt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 32 Nein: 2 Enthaltungen: 1

4.4.2.2 Bebauungsplan Nr. 197 - Biogasanlage Neuenwege sowie 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 380/2010

Beschluss:

Die in der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 07.12.2010 zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 197 Biogasanlage Neuenwege wird als Satzung nebst beigefügter Begründung beschlossen. Die 13. Änderung des Flächennutzungsplans nebst Begründung wird festgestellt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 34 Nein: 1

4.4.2.3 Rahmenplanung Friesland-Kaserne - Abwägung und Beschluss des Rahmenplans
Vorlage: 381/2010

Beschluss:

Die in der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 07.12.2010 zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der städtebauliche Rahmenplan zur Konversion der Friesland-Kaserne wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 23 Nein: 12

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1 Job Center

Bürgermeister Wagner hatte die Fraktionen aufgefordert, über die Aufgabenwahrnehmung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu beraten. Die abschließende Beratung ist noch nicht erfolgt.

Aufgrund der zeitlichen Enge schlägt Ratsherr Müller vor, von einer weiteren Beratung in den Fraktionen abzusehen und spricht sich dafür aus, gegenüber dem Landkreis zu erklären, dass sie im Falle des Optionsmodells auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit der Stadt Varel bauen können. Diese Absichtserklärung sollte ohne weitere Beschlusslage vorgenommen werden. Der Landkreis hat sich mit einer klaren Mehrheit für das Optionsmodell entschieden. Der Rat schließt sich dem Vorschlag des Ratsherrn Müller an. Bürgermeister Wagner wird dem Landrat das Votum des Rates mitteilen.

5.2 Jahresrückblick

Bürgermeister Wagner gibt einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2010 und bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit, bei der Presse für die positive, angenehme Berichterstattung, bei der Wirtschaft, die der Stadt viel ermöglicht, bei den Bürgern, die sich im letzten Jahr sehr engagiert haben und bei der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung. Er wünscht allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und viel Kraft für das neue Jahr.

6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 22:45 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)